

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abohnenkungspreis monatlich 1 M., vierfachjährlich 8 M.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 M., vierfachjährlich 4,50 M. — Feste und Versammlungskosten pro Seite 25 M. — Geschäftskosten werden nicht angenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Theodor Wagner; Druck: H. Hanemann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Wiemelhäuser Straße 38–42. Telefon: Bo. 28 u. 50. Telegr. Adr.: Altvorstand Bochum.

Zur Bergschulreform.

Die Abgeordneten Su s e m a n n und Genossen haben schon am 16. Mai 1919 in der verfassunggebenden preußischen Landesversammlung einen Antrag gestellt, worin gefordert wird:

1. den Fortbildungsschulunterricht für die bergmännische Jugend allgemein einzuführen;
2. die für die Ausbildung von unteren und mittleren Bergwerksbeamten vorhandenen Schulanstalten (Vorschulen, Steigeschulen, Bergschulen) ausschließlich der staatlichen Verwaltung zu unterstellen;
3. im Ministerium für Handel und Gewerbe ein besonderes Dezernat ausschließlich für das gesamte Bergschulwesen und einschließlich der Fortbildungsschulen für die bergmännische Jugend einzurichten.

Der Bund der technischen Angestellten und Beamten hat einen Bergschulauschuss gebildet, der in seiner ersten Sitzung am 5. Oktober in Hannover Richtlinien zur Bergschulfrage aufstellte, worin zunächst mit Besiedigung davon Kenntnis genommen wurde, daß den in dem Antrag Susemann und Genossen vorgebrachten Forderungen auf allgemeine Fortbildungsschulpflicht durch die §§ 145 bis 147 der Reichsverfassung entsprochen worden ist. Ferner wird gefordert, daß die Bergschulen vom Staat zu übernehmen sind. Abweichend von dem Antrag Susemann und Genossen wird gefordert, das Dezernat für bergmännisches Schulwesen nicht beim Handelsministerium, sondern beim Reichsschulamt zu errichten. Das ist lediglich eine Zweckmäßigkeitfrage, über die sich reden läßt. Den Antrag Susemann u. Gen. haben wir in Nr. 22 der "Bergarb.-Ztg." befürwortet. Die angeführten Richtlinien zur Bergschulfrage haben wir in Nr. 42 der "Bergarbeiter-Ztg." veröffentlicht. Wer sich näher unterrichten will, mag dort nachschlagen.

Wie notwendig eine Reform des Bergschulwesens an Haupt und Gliedern ist, zeigt folgende Zuschrift eines alten erfahrenen Grubenbeamten:

Den Schülern der rheinisch-westfälischen Bergvorschulen wird noch immer die vor dem Kriege geltende Schulerbung ausgehändigt, was doch wohl heißen soll, daß sie befolgt wird. An ihr schreibt jedoch der Geist des 9. November spurlos vergangen zu sein, denn unter Bissel 8 heißt es: "Die Betätigung sozialdemokratischer und vaterländisch-festlicher Gesinnung, sowie der Besuch von Wirtschaften zweifelhaften Rufes ist untersagt. Die Nichtbefolgung der Vorschriften wird mit einem Verbots oder Entlassung von der Schule bestraft."

Bissel 8 lautet: "Die Bergvorschüler müssen mit Ausnahme des Sonntags in der Schule und auf dem Wege von und zur Schule bergmännische Tracht (Mittel und Rücksicht) tragen." Während des Krieges ist diese Vorschrift außer Kraft gesetzt worden. Man hatte es den Schülern freigehabt, ob sie in Uniform oder in Zivil auf Schule kommen wollten. Vom 1. Januar 1920 an soll das Alibi erstricken wieder verdorben sein. Das bedeutet für die Schüler eine Ausgabe von zirka 200 Mark, die vollständig zuglos ausgegeben wird, wenn es dem Vorschüler nicht gelingt, später auf die Bergschule zu kommen. Außerdem hat sich in den Ursachen, die die Aushebung des Zwanges zum Tragen der Uniform veranlaßt haben, noch nicht das geringste geändert. Der Stoffmangel ist noch genau so groß, wenn nicht noch größer, wie während des Krieges. Deshalb wäre es ohne Zweifel das richtige, wenn der bisherige Zustand, die Wahl der Kleidung dem Schüler zu überlassen, beibehalten bleibt. Es ist ganz sicher mancher darunter, der die Uniform nicht allein des Geldes wegen sich nicht beorgen wird.

Was aber entschieden verlangt werden muß, ist der Wegfall der Bissel 8, die hoffentlich für ewige Zeiten unmöglich geworden ist."

Nach dieser Zuschrift sind die Revolutionsstürme an den Bergschulen völlig spurlos vorübergegangen. Nach wie vor ist die Betätigung sozialdemokratischer Gesinnung und der Besuch von Wirtschaften zweifelhaften Rufes, d. h. wo sozialdemokratische Arbeiter verkehren, untersagt. Nach wie vor zwängt man die Bergschüler in die bergmännische Uniform, um sie aus der übrigen Bevölkerung herauszuhaben und den sogen. Beamtenkammel zu züchten. Nach wie vor wird man vor Aufnahme in die Bergschulen wohl auch noch Erhebungen darüber anstellen, ob die Urgroßmutter der Bergschüler blonde, schwarze oder rote Ohren hatten und danach die Entscheidung treffen. Kurzum, es geht mutter im alten Geiste weiter. Die alten Machthaber haben es meistertlich verstanden, Gegenfähr zu schaffen und zu vertiefen und sich Vorherrlichkeit, Eitelkeit, Reichtum, Pragierlichkeit, Standesdünkel und ähnliche menschliche Eigenschaften dientbar zu machen. So soll es weiter gehen. Darum wird die

Betätigung sozialdemokratischer Gesinnung und der Besuch von Wirtschaften, wo sozialdemokratische Arbeiter verkehren, untersagt. Darum zwängt man die Bergschüler in die bergmännische Uniform. Darum wird nachgeprüft, ob die Urgroßmutter der Bergschüler blonde, schwarze oder rote Ohren hatten und danach entschieden. Systematisch wird so darauf hingearbeitet, den alten Hass und Unrat, der unseren Zusammenbruch verursacht hat, erneut zu beleben und zu verewigen. Da muß mit seiter Hand eingegriffen und umgesteuert werden. Das läßt sich nur erreichen, wenn der Staat das ganze bergmännische Schulwesen übernimmt.

Die Bergschulfrage hat aber auch noch eine andere Seite, und diese wird belächelt durch folgende Zuschrift eines alten erfahrenen Bergmanns:

"Vor kurzem lief eine Notiz durch die Presse, die Bergschule sollte reformiert werden. Es ist dies etwas, was auch uns Arbeiter angeht, haben wir doch ein ganz gewaltiges Interesse daran, daß es den Jugendlichen unter uns gelingt, in die Beamtenlaufbahn aufzusteigen, welches jetzt nur einem kleinen Teil unserer Kameraden möglich war.

Und warum? Durchfallene Studenten, Einjährige, Schreiber, Schneider, Schuster und Wädermeisterschule, sofern sie nur Fähigung zur Bergwerksindustrie hatten, wurden, wenn sie irgend einen Sohn geschlossen hatten, zum Onkel Berglehrer auf die Seide geschickt, der ja immer noch einen Steiger aus ihm machen konnte. So gelangten denn diese jungen Leute in jungen Jahren auf die Bergschule, ohne Praxis, nur mit einem mächtigen Dunkel und einer Republikanerauszeit. Wer mit diesen Herrchen, die die bergmännischen Kenntnisse steckweise gefaßt hatten, arbeiten mußte, brauchte nicht zu sagen: 'Gott strafe mich'; das war genug gesetzt.

Gegen diese Menschenkinder kamen unsere Arbeitersöhne als Steiger nicht auf. Wohl wurden die aus Arbeiterkreisen hervorgegangenen Steiger an den gefährlichsten Punkten eingefest, befördert und beachtet wurden, aber nur die gebildete Statistik, genau wie im Jahre

Um diese Vorschriften unmöglich zu machen und unseinen Söhnen zu ihrem Recht zu verhelfen, schlage ich vor: Keiner darf in die Bergschule aufgenommen werden, der nicht in den nächsten acht Jahren unterbrochen tätig und mindestens zwei Jahre selbständiger Hauer war. Damit der Geist geschart wird, sollen sie drei Jahre die Bergvorschule besuchen. Keiner darf in die Bergschule aufgenommen werden, der nicht die Vorschule besucht hat; dadurch wird manche Schebung durch wilde Lehrer verhindert. Die Oberklasse muss der jewigen Unterklasse der Bergschule fest angegliedert sein. Im dritten Lehrtage wäre dann der Lehrplan der Oberklasse in Kraft.

Zuletzt werden die Besucher der Oberklasse von den Verwaltungen ausgeschlossen, und wer dann fähig und würdig ist, kann man sich denken, auf keinen Fall der Bergarbeitersohn. Der Sohn der emporstrebenden Arbeiterschaft kann unser Vorstand einen ungeahnten Dienst erweisen, wenn er diese Anregungen aufnimmt und weiter verfolgt, vor allen Dingen den Arbeiterverteilten der Arbeiterschule entsprechende Ausweitung gibt.

Den Angestelltenorganisationen kann dieses wichtige Gebiet nicht allein überlassen bleiben, da dort ja noch ein starker Einfluss von Bergleuten vorhanden ist, die aus durchdringlichen Gründen noch gegen meine Vorschläge wenden werden. Unfälle werden jedenfalls bei Annahme meiner Vorschläge verhindert und die Produktion wird geboten werden, besonders wenn der Arbeiter nicht erst einen Teil unserer Beamten annehmen müsste.

Eine Prüfung der Papiere der Beamten auf den Seiten mit Hilfe der Betriebsräte würde recht interessante Details aufdecken und zeigen, wie weit die Betriebswirtschaft auf den Seiten gediehen war. Für die gehundert Kräfte und Tüchtigkeit unserer Arbeiterschaft ist bezeichnend, daß trotz dieser Zuhörung so viel produziert und so wenig Unfälle vorgekommen sind: Freie Bahn den Tüchtigen, aber nicht den Unfahrenden! Das Alle fürzt, es ändert sich die Seiten, und neues Leben blüht aus den Rücken."

Diese Zuschrift legt Verhältnisse bloß, die unhaltbar sind. Daraus erklärt sich auch der Widerstand, den bestimmte Kreise der Verstaatlichung der Bergschulen entgegensehen. Es wird da allerdings gellend gemacht, die private Pädagogik sei stärker als die staatliche und könne mehr schaffen. In sich ist das schon eine verfehlte Behauptung, die zudem auch nur aufgestellt wird, um die wahren Beweggründe zu verborgen. Diese werden vorliegend schon hinreichend bloßgelegt. Es handelt sich um rein privatkapitalistische Herrschafts- und Profitinteressen, denen die Bergschulen auch weiterhin in alter Weise dienstbar gemacht werden sollen. Wir fordern im Gegensatz hierzu, daß die Bergschulen dem Interesse des gesamten Volkes dienstbar gemacht werden. Das ist, wie gelagt, nur möglich, wenn das gesamte Bergschulwesen vom Staat übernommen wird.

Sitzung des Reichstalsrats.

In der zweiten Sitzung des Kaiserrats am 21. Oktober sind die Kaiserräten gebildet, die Geschäftsaufgaben und der Haushaltsvorstand vorgelegt worden. Zwecks gründlicher Durchberatung wurde eine Kommission gebildet, die der nächsten Sitzung Bericht erstatten soll. In diese Kommission ist von der Arbeitersseite gewählt worden: Bode - Hildesheim (Verband), Steger - Eisen (Christl. Gewerkschaft) und Raab - Berlin (G.D. Gewerkschaft). Von den Angestellten ist Ohle - Rosleben gewählt. In den 2. Ausschüssen (Wirtschaftsfragen) wurde von Arbeitersseite gewählt: Valke - Nordhausen, Garbe - Halle und Seidl - Leimbach; von den Angestellten Wagner - Westeregg. In den 3. Ausschüssen, welcher über die Kaiserprixe, Löhne, Gehälter und Lebendung des Absatzes zu beraten hat, ist von Arbeitersseite gewählt: Bruns - Berlin (Fabrikarbeiterverband), Sachse (Bergarbeiterverband) und Wehner (christl. Gewerkschaft), während von den Angestellten Ohle - Rosleben gewählt wurde.

Zu die Kaiserpriungsstelle, welche gleichzeitig Lohnprüfungsstelle erster Instanz ist, wurden von den Arbeitervertretern folgende vier Vertreter und acht Stellvertreter gewählt: Als Vertreter H. Bode - Hildesheim und A. Meier - Bernburg (Verband), W. Schulz - Wiedeloh (Christl. Gewerkschaft) und F. Stüger - Dorndorf (Fabrikarbeiterverband). Als Stellvertreter: A. Reddigau - Salzungen (Verband), A. Unterdöppel - Halle (Verband), F. Böller - Eisen - Bornstein (Verband), W. Dertle - Wiedeloh (Fabrikarbeiterverband), H. Jürgenmann - Großalmerode (Christl. Gewerkschaft), F. Claus - Kirchwerder

Mittag- und Abendbrot kostet selten weniger als 10 M. Das Kaiserpriungsamt hat schon vor dem Kriege 50 M. pro Tag gezahlt, deshalb, so sagte ein Syndikatsvertreter, sei es ein starkes Stück, daß das Ministerium sich so rückständig zeige und diesen Satz nicht einmal zahlen wolle, wo inzwischen alles viermal so teuer sei als damals. Das Ministerium soll nochmals vom Vorsitzenden angegangen werden, die Diäten nach dem Antrag zu erhöhen.

Die Unterkommission, welche am 1. August eingesetzt worden war, um zu untersuchen, ob die Unterlagen und Zahlenangaben richtig seien, die vom Syndikat vorgelegt waren, um die Preiserhöhung zu begründen, welche zwecks Lohn- und Gehaltserhöhung ab 1. Juli nötig sein sollten, hat sich ihrer Aufgabe entledigt. Es haben zu diesem Zwecke einige Kontrollfahrten von Fabriken stattgefunden. Die Delegierten dieser Kommission gaben zu, daß ihnen vieles und ausgezeichnetes Material dabei unterbreitet wurde, sie beschwerten aber, daß die Zeit zu kurz gewesen sei, um das alles gründlich durchzuberaten. Die frappanten Unterlagen des Syndikats wurden nicht weiter angesehen und die Zeile für erlebt angesehen.

Die Angestellten kamen in Weimar dem standigen Beratungsausschuß der Nationalversammlung einen Antrag unterbreiten lassen, daß der Kaiserrat eine Erhöhung der Bezüge der Angestellten voranlassen solle. Sie kamen in der letzten Sitzung auf diesen Antrag zurück und verlangten neben Erhöhung der Tarife auch eine einmalige Entschuldungszusage. Vom Vorsitzenden wurde den Vertretern der Angestellten vorgeschlagen, die Angelegenheit zu verlassen bis zur Verhandlung über den neuen Tarifvertrag. Derselbe ist doch ebenso gelöscht wie der Tarifvertrag für die Kaiserräte. Deshalb müssten sowieso neue Verhandlungen angelegt werden. An so früher Stunde könnte die viel Zeit in Anstrengung nehmende Verhandlung nicht mehr in Angriff genommen werden. Die Vertreter der Arbeiter wissen darauf hin, daß der Kaiserrat wohl über die Materie verhandeln müsse, wenn kein Tarif vorhanden sei. Aber es sei doch nicht möglich, den Tarifverhandlungen vorzugreifen. Sollte dort seine Einigung erzielt werden, dann könnte der Kaiserrat noch eingreifen. Bei den Tarifverhandlungen für die Arbeiter wird genau so verfahren werden. Die Verlängerung der Frage bis nach den Tarifverhandlungen wurde dann beschlossen. Damit hatte die Sitzung ihr Ende erreicht.

Sind die Löhne jetzt hoch?

Der Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Berlin-Schöneberg, Dr. Kueggenbusch, gibt eine Zeitschrift "Unsere Finanzen" heraus, der wir folgenden Artikel entnehmen:

Die Löhne sind jetzt bei uns hoch im Vergleich mit der Vorkriegszeit, aber sie sind niedrig gegenüber an den Preisen und im Vergleich mit dem Ausland. In Nordeuropa, in England, im Vereinigten Staaten sind die Löhne entsprechend der Versteuerung, der Lebenshaltung durchschnittlich auf etwa das Doppelte gestiegen. Da unser Vaterland nur zwei Siebentel, sieben Tausend, wie das freie Feld, keine Lohn bei uns auf das Siebentache steigen müßten, um — an der freien Währung gemessen — mit der Entwicklung des freien Lohnes Schritt zu halten. Tatsächlich ist aber der Stundenlohn nur drei auf das Dreifache, der Wochenlohn nur etwa auf das Zweieinhalfache gestiegen.¹⁾ Vor fünf Jahren war der Stundenlohn der Maurer in den englischen Großstädten etwa ebenso hoch wie bei uns, seit Februar-März 1919 beträgt er in London 1 Sch. 9 D. in Birmingham und in Manchester 1 Sch. 8 D., d. h. rund 6 Mark oder doppelt soviel wie in Berlin. In Schweden liegt der Wochenlohn von 1911 bis 1918 für die Maurer von 32 auf 64 Kronen, für die Taler von 30 auf 60 Kronen.²⁾ Er beträgt dort also für die Handarbeiter rund 250 Mark gegenüber 100 Mark im Durchschnitt des Deutschen Reichs.

Vielleicht sind die Löhne bei uns jetzt (in Papier) noch nicht einmal so hoch wie in den Vereinigten Staaten vor dem Kriege. Im Jahr 1913 beträgt der tägliche Wochenlohn der gräßtäubischen Maurer 23,60 bis 38,60 Dollar, d. h. 100 bis 162 Pf. Heute dürfte dort ein Wochenberndienst von 1000 Pf. (60 Dollar) für einen gelehrten Arbeiter nichts letztes sein. Ein deutscher Millionär, der auf den Gedanken käme, seine Rente drüber zu verziehen, müßte sich also zunächst wohl etwa mit der Lebenshaltung eines gelehrten Arbeiters begnügen, was gegenüber jetzt zwar eine Verbesserung in seiner Ernährung, in den meisten anderen Beziehungen aber eine erhebliche Einschränkung bedeuten würde.

Wüßt man den heutigen Arbeitslohn an der Vorkriegsvaluta (was wenig Sinn hat), so erscheint er bei uns höher als in Nord- und Westeuropa, aber nur etwa halb so hoch wie in den Vereinigten Staaten. Wüßt man den heutigen Arbeitslohn an der heutigen Valuta, d. h. vergleicht man die tatsächlichen Rom in Ostholsteine, so erkennt er bei uns noch nicht halb so hoch wie in Nordeuropa und in England und vielleicht nur ein Siebentel so hoch wie in den Vereinigten Staaten. Wüßt man den heutigen Arbeitslohn an den Kosten der Lebenshaltung, d. h. vergleicht man die Neallöhne, so erscheint er bei uns vielleicht um drei Fünftel geringer als in Nordeuropa und in England und vielleicht ein Viertel so hoch wie in den Vereinigten Staaten. Wüßt man endlich den heutigen Arbeitslohn an der Arbeitseistung, d. h. vergleicht man, was ein Arbeiter für 1 Pf. 25 Pf., 3½ D. 6 Cents leistet, so erscheint er bei uns wesentlich niedriger als in Nordeuropa und in England und wohl sogar nur ein Drittel so hoch wie in den Vereinigten Staaten.³⁾

Die Vorteile, die den deutschen Unternehmern daraus erwachsen, daß ihnen jetzt relativ billige Arbeitskräfte in beliebiger Menge zur Verfügung stehen, und daß ihnen im Weltmarkt mit dem Ausland noch ein weiterer Spielraum für Lohnhöhungen verbleibt, werden aber dadurch aufgewogen, daß sie infolge der geringen Leistung des einzelnen Arbeiters ihre Werkstätten, ihre Maschinen usw. nicht voll ausnutzen können. Ihre Lage wäre erst dann wirklich günstig, wenn sie die heutigen Löhne verdoppeln und die Arbeiter gleichzeitig ihre Leistungen verdoppeln würden. Wenn jetzt so viele Unternehmen wie gebaut auf die hohen Geldlöhne blicken und nicht begreifen, daß der Arbeiter, dessen Reallohn nur etwa halb so hoch ist wie vor dem Kriege, viel weniger leistet als früher, so liegt das vor allem

ganisation nicht erfolgt. Auch hat die Zersplitterung viel dazu beigetragen, dass wir das schon längst haben könnten, was uns heute präsentiert wird. Ich bin der Überzeugung, dass bei der kommenden Änderung der Sozialversicherung die bestehenden Rüden ausgeschlossen werden; auch hoffe ich, dass die Regierung dem nachkommt, was dem Bergarbeiter schuldig ist und dessen Los so gestaltet, dass wieder Zuverlässigkeit in Bergarbeiterkreisen einzieht. Tun sie das, so wird auch der Bergarbeiter wieder mit Lust und Liebe daran mitarbeiten, das Vaterland auf das Niveau zu bringen wie vorher. Sollte die Regierung aber den Wünschen der Bergarbeiter nicht Rechnung tragen, so würde das Vertrauen, welches sie bei den Bergarbeitern noch besitzt, schwanden und sie dabei in eine Katastrophe geraten, wo sie sich nicht so leicht mehr herauslösen würde.

Was das Ansehen anbelangt, so muss der Bergarbeiter mehr Selbstachtung üben und bis zu einem gewissen Grade sich Bildung anmaßen. Ich bin der Auffassung, dass durch die Zeit, die der Bergarbeiter mitgemacht hat, er auch Mann genug ist, dass er selbst denken und urteilen kann. Erst wenn schweren Herzen muss sich der Bergarbeiter soviel Intelligenz aneignen. Den Stoff hierzu bekommt ein jeder genug, auch durch Lesen seiner Berufs- und Tageszeitungen, um zu gegebenen Zeiten sich nicht von Schuster und Schneider ins Pantoffeln legen zu lassen, dann wird sich auch das Ansehen des Bergarbeiters steigern und die Oberschicht Achtung und Respekt vor ihm haben, denn Wissen ist Macht, und wer die Macht hat, der hat auch die nötige Achtung. Darum, Kumpel, vergesse nicht und lasse dich nicht betrügen. Denke an deine Pflicht bei den heutigen Wahlen. Halte fest an der Organisation, der Erfolg der kommt dann schon. Am Boden liegt dann die Reaktion, knappschafträste Eduard Schroll, G. Rellinghausen.

Notschrei nach Lebensmitteln.

Ein Schrei der Entrüstung geht durch unsere Belegschaft wegen der schlechten Belieferung mit Lebensmitteln. Jeder Bergmann sagt sich: Wenn doch das Wohl und Wehe Deutschlands von der Kohlenförderung abhängt ist, warum wird dann nicht besser gesorgt, dass der Bergmann auch leben kann? Der Oktober geht zu Ende und von Kartofeln ist noch nichts zu sehen und zu hören. Mit den übrigen Lebensmitteln geht es auch nicht besser. Die Stadt Herne liefert zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel. In den Geschäften ist Schieberware genug zu Preisen, die der Bergmann mit seiner durchweg zahlreichen Familie nicht bezahlt kann. Die Preise für Lebensmittel und Bekleidung sowie auch für die Kohlen sind im Verhältnis zum Preis von 1914 um ein Vielfaches gestiegen als die Höhe. Wo soll das hin? Wenn es so weiter geht, wird und muss in diesem Winter die Kohlenförderung am Erliegen kommen.

Wir fordern daher die Belegschaft auf: Macht euren Einfluss geltend, sorgt, dass wir Lebensmittel zu annehmbaren Preisen bekommen. Läßt mit eurem Kapital, damit der Zusammenbruch vermieden wird. Die Bergarbeiterchaft hat die falsche Überzeugung, dass wenn die Belegschaft den guten Willen hätte, sie wohin in der Lage wären zu helfen und schaffen daher jede Verantwortung für den sonst unvermeidlichen Zusammenbruch ab.

Zum Namen der Belegschaft der Zeche v. d. Heydt: Der Betriebsrat: Aug. Schneider, Karl Dippold, Joh. Nowak.

Belegschaftsversammlung der Zeche de Wendel.

Um 5. Oktober fand in Herten eine Belegschaftsversammlung der Zeche de Wendel statt, in welcher nach eingehender Aussprache über die Urlaubfrage folgende Entschließung einstimmig angenommen wurde:

Die heute am 5. Oktober in Herten tagende Belegschaftsversammlung der Zeche de Wendel erachtet die Verbandsleitungen der vier Verbände, sofort Schritte zu unternehmen und mit dem Belegschaftsverbandes zu treffen, wonach in der Urlaubfrage der Basis "1 Jahr auf der Ruhestellungsende beschäftigt und 6 Monate auf der Schachtanlage" gestrichen würde.

Gerner wurde auch einstimmig beschlossen, dass sich die Funktionäre aller Verbände zu einer Beratung über die Büchereikontrolle und ein einheitliches Zusammenarbeiten versammeln sollten. Außerdem wurde beschlossen, bei der Belegschaftsleitung zu beantragen, noch mehr als bisher dafür zu sorgen, dass die Lichtenlage endlich fertig wird. Endlich soll ein Betriebsratsmitglied gemeinsam mit einem Vertreter der Zeche versuchen, Lebensmittel für die Arbeiter einzukaufen.

Belegschaftsversammlung der Zeche Voßringen.

Am 19. Oktober fand in Hiltrop eine Belegschaftsversammlung der Zeche Voßringen I u. III statt, in welcher nach eingehender Aussprache eine Entschließung angenommen wurde, wonach die Regierung aufgefordert wird, für bessere Versorgung mit Kartofeln, Schmalz, Speck, Butter und sonstigen Lebensmitteln zu wirken, eventuell den Personenvorrat einzuschränken, damit eine bessere Belieferung mit Lebensmitteln erfolgen kann. Ebenso entschieden soll gegen die Schieber, Schleicher, Händler, Wucherer usw. eingehenkt werden. Gerner wird eine Beschaffungsstelle für die Bergarbeiter gefordert, wie sie die Staatsbeamten erhalten haben. Diese Forderung wird übrigens auch in gleicher Weise von anderen Belegschaften erhoben.

Lotengräber des Siebenhundertages.

In Rellinghausen-Ost wird eine Kindertertwahrschule gebaut. Unternehmer des Neubaus ist der Kirchenvorstand der Rosenkranzkirche in Rellinghausen-Ost. Vor einigen Sonntagen hat der Pfarrer von der Kanzel herunter bekannt gemacht, es sollten sich Bergleute zur Ausstattung bereithalten; nach verbreiteter Einsicht könnten dieselben ganz gut die Arbeiten zum Neubau verrichten. Am 23. Oktober wurde mir vom Arbeiterrat Rellinghausen-Stadt die Aufgabe zuteil, mir mal den Betrieb dort anzusehen. In Begleitung eines Polizeidepartement erschien ich auf der Baustelle, und siehe da: sechs Kumpels waren am Auszögeln! Alles Mitglieder des christlichen Gemeinschaftsvereins, denn ich kenne in meiner Zahlstube meine Bappenheim. Nachdem ich dem Herrn Pfarrer, der auf der Baustelle anwesend war, gesagt hatte, dass es nach dem Gesetz über den Achtundertag verboten sei, Bergleute im Nebenerwerb zu beschäftigen, wurde dieser scharf und meinte, wir sollten nur unter den Bergleuten kein böses Blut machen, die Leute arbeiten gerne, denn sie bekommen nichts dafür. Ich sagte ihm, dass dies ganz natürlich sei und ich erwiderte: Da ging es zu dem gerade andauernden Gewerkschaftsstreit und Betriebsleiter des christlichen Gewerkevereins, Hermann Bleifeld (Rellinghausen-Süd, Lindenstraße 3, wohnhaft) und dieser erklärte dann mit starker Stimme: "Deut! Ihr kommt ruhig weiter arbeiten! Die Bratwurstigung ist!" So gesprochen von einem an der Spitze der Arbeiterbewegung stehenden Bergarbeiterführer (obendrein ehrenamtliches Mitglied des hiesigen Arbeiterrates), der in den Versammlungen und den Unternehmen gegenüber für die Sechshundertacht eintritt. Man sollte es kaum für möglich halten, wie die Leute beim Bau eines Pfarrhauses zusammenlaufen und ihnen das Herz in die Hose fällt. Wir werden natürlich die Angelegenheit im Auge behalten und weiter verfolgen. Gleichzeitig Della, Rellinghausen III.

Überbergbezirk Röhr.

Zersplitterung der Bergarbeiter im rhein. Braunkohlenbezirk. In letzter Zeit toussen unter den Bergarbeitern im hiesigen Bezirk allerlei unheilbare Verdächtigungen auf, die sich mehr oder weniger auf die Führer der einzelnen Organisationen, selbst aber auch gegen langjährige, alte Verbandskameraden erstreden, die entweder Arbeiteraufschlussleiter einer Grube oder Betriebsmann einer Fazilität sind. Insbesondere aus unser Beizirksteiler Johann Hamblot dazu gehalten. Da er nun wiederholte als Prinzipaltheit in der verlogenen Weise angegriffen wird, so fühle ich mich als langjähriges Mitglied unseres Verbandes veranlasst, auf die Ursachen der Ausbreitung der Verdächtigungen hinzuweisen, da es nicht nur beleidigend für unseren Bezirksteiler ist, sondern auch für den Bergarbeiterverband ist.

Vorweg will ich aber erläutern, dass es auch sowohl wie Hamblot freuen würde, wenn man uns mit direkten Namen dienen würde, um die Verdächtigen gerichtlich zu jagen. Es ist bedauerliche Tatsache, dass selbst unter unseren eigenen Mitgliedern das Vertrauen gegen ihre Führer durch wiederholte Verdächtigungen gelockert wird, ohne aber auch nur darüber in etwa nachzudenken, von welcher Seite sie ausgehen. Der Zweck heißt die Macht, und so auch hier. Der Bergarbeiterverband hat in hiesigen Reihen seit den letzten Jahren einen sehr starken Mitgliederbestand gewonnen und die Mitglieder errangen durch ihren Führer Hamblot zu ihrer größten Zufriedenheit wesentliche Vorteile auf allen Gebieten. Ich erinnere nur an unsere Söhne bis Anfang 1917, die damals noch ohne die Kriegsschule mit den Friedenskämpfern gleich standen; ferner an das Knapsackwesen, haben wir doch jetzt von unserem Verband allein über 30 Arbeiter als Knapsackwesen in den Gewerkschaftsvereinen die durch ihre reine Fazilität auch die

soem Gebiete erfolgreich gearbeitet haben und noch arbeiten werden. So dann ist in diesem Jahre der von den Organisationen lang ersehnte Tarifvertrag mit dem Arbeitgeberverband zustande gekommen.

Trotz alledem wird Misskommunikation unter die Arbeiter gebracht. Es ist bezeichnend, dass nachdem seit vorigem Jahre verschiedene Organisationen hier eingesetzt haben, der Verbindungsfeldzug am grössten ist. Die früher in unserem Verband und dem christlichen Gewerbeverein zusätzlichen Mitglieder haben sich nun teilweise den verschiedensten Organisationen angeschlossen, die in G. als direkte Bergarbeiterorganisationen gar nicht in Frage kommen. Da nun jede Organisation bestrebt ist, viel Mitglieder zu bekommen, so ist es leichter möglich, dass jedes Mittel dazu herhalten muss, die Arbeiter in ihre Organisation hineinzutreiben. In Versammlungen werden die radikalsten Reden gehalten, Verpredigungen über Versprechen gemacht und — besonders unter den unausklärtesten Arbeitern erhält man die meisten Anhänger. Die Führer, die nicht in diese Kerde hinein, das sind sie nicht, die siebziger mit dem Arbeitgeber, die Schnellgelder kriegen usw., folglich muss man diesen den Rüden lehren. Es sind Elemente vorhanden, die pendeln hin und her, einmal in dieser, dann in jener Organisation, und schließen hier und stehen dort nach einer Auseinandersetzung und verheben deshalb die ganze Arbeiterschaft. Werke die Gewinnung von Mitgliedern von vielen nun mit ehrlichen Mitteln erzielt, so wäre an und für sich ja nicht viel dagegen zu sagen; aber bedauerlicherweise wird mit allen schmutzigen Verleumdungen gearbeitet, ohne dass die Verleumder richtig gefangen werden können.

Bevordeutet muss unser Hamblot immer der Prügelknade bei Abschluss der Tarifverträge sein, wenn er nicht gewesen wäre bedeutend mehr herausgekommen. So auch wieder bei dem heutigen Tarif. Es ist aber festgestellt, dass eine Organisation vor der Einsetzung der Förderung an den Arbeitgeberverband eine weit geringere Förderstellung wolle, als die beiden Bergarbeiterorganisationen, aber wohlweislich damit in der gemeinschaftlichen Sitzung der verschiedenen Organisationen nicht heraussteht und die Förderung der Bergarbeiterorganisation akzeptierte. Ein Bittular mit dieser geringeren Förderung ist in die Hände des christlichen Gewerbevereins gekommen. Hamblot erhielt in der gemeinschaftlichen Sitzung die Vollmacht, die Förderung, auf welche man sich einzigte, dem Arbeitgeberverband zu übertragen. Nachher geht man nun von einer Organisation dazu über, höhere Forderungen einzurichten. Es muss doch jedem Nachdenkenden einleuchten, dass dies Agitationstakt ist. Was nun unserer Führer Hamblot anbetrifft, so muss ich erklären, dass er voll und ganz seine Pflicht als Bezirksteiler zum Nutzen der ganzen Arbeiterschaft tut. Wer anders aussagt, bezeichnete ich als einen eselnden und gemeinen Verfeudem.

Es liegt mir fern, die Person als solche in Schutz zu nehmen, die Sache sieht höher, vor allen Dingen das Ansehen des Verbandes. Ich würde mich freuen, falls Hamblot zu unserem Schaden arbeitet, wenn hierfür Beweismaterial erbracht würde; ich würde alles in die Wege leiten, beim Hauptvorstande seine Absehung zu bewirken. Ich habe mit noch verschiedenen Kameraden den Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband beigewohnt und müssen wie alle Hamblot das beste Zeugnis ausspielen. Wenn auch der eine oder andere meint, er wäre zu kurz gekommen bei Abschluss des Tarifs, so dürfen wir uns doch nicht von eigeinsten Gedanken leiten lassen und dieschald den so mühselig zustand gebrachten Tarif allgemein zu verwerfen. Ich bestätige auch ehrlich, dass durch die Unwissenheit der einzelnen Arbeiter beim Tarif nichts mehr herauszuholen wäre; wenn ich auch selbst bei Hamblot die Hinzuziehung von Arbeitern beantragt habe, so nutzt aus dem Grunde, um das Misstrauen der Arbeiter zu beheben.

Wie weit dies hervortritt, habe ich kürzlich in einer Belegschaftsversammlung gehört, wo ein Reiter erscheinen sollte, aber nicht kommen konnte. Ich spreche den meisten die Verunsicherung ab, dies zu kritisieren, da es gerade diejenigen sind, die man in den Wahlkampfversammlungen niemals zu Gesicht bekommt. Ich möchte dich Kameraden an ihre Pflichten erinnern, da man statutgemäß verpflichtet ist, die Versammlungen zu besuchen. Also, Kameraden, wollt ihr weiter Vorteile generieren, so zeigt mehr Vertrauen zu euren Führern, bewahrt die Autorität und sei einig. Verschwindet dies, so kann auch die beste Organisation nichts leisten, denn ihre Kraft beruht nur auf der Grundlage. Zersplitterung darf nicht platzgreifen durch andere Organisationen, denn Einigkeit macht stark; eure Rechte werden vorbeholt vertreten in den dazu berufenen Bergarbeiterorganisationen, voran der Verband der Bergarbeiter Deutschlands. Peter Fed, Kerpen.

Kein Arbeiterausschuss auf Zeche Grüne.

Nach der noch in Kraft stehenden Verordnung vom 23. Dezember 1918 müssen in allen Betrieben, in denen in der Regel mehr als 20 Arbeiter beschäftigt werden, Arbeiterausschüsse nach dem Verhältniswahlrecht von allen über 20 Jahre alten weiblichen und männlichen Arbeitern gewählt werden. In den großen Bergrevieren haben sich die Bergarbeiter, über diese Verordnung hinausgehend, schon Betriebsräte etabliert. Neben das Verordnung hinausgehend, schon Betriebsräte etabliert. Eine alsdeutliche Gewalttherapie will Steigerhaus auf Betrieb Zeche Grüne bei Überschuld ausüben. Schon vor dem Kriege war er im ganzen Distrikt bekannt als ein Beamter, der die von den Arbeitern herausholten wollte und die schwächsten ohne verdienten ließ. Dieser Herr hat über eine Belegschaft von 26 Mann zu verfügen. Der Betrieb hat aber noch keinen Arbeiterausschuss. Als die Arbeiter die Wahl eines solchen forderten, hat Haus rundweg erklärt, dem Betrieb steht kein Ausschuss zu. Vor kurzer Zeit ist er sogar auf einen Kameraden mit dem Hammer losgesprungen und hat ihn schlagen wollen. Ich bin der Ansicht, dass solche Beamte von einem Betrieb entfernt werden müssen.

Auch wir sind der Ansicht, dass eine Misshandlung gesetzlicher Bestimmungen und Rechte der Arbeiter, wie sie hier in Erscheinung tritt, nicht ungefähr dingenkt. Wenn die verantwortlichen Stellen nicht eingreifen, müssen sich die Arbeiter mit Hilfe der Organisation zur Geltung bringen.

Hannover, Braunschweig, Hessen-Lippe.

Solidarität der Bergarbeiter.

Vom Pressesamt des Rates der Volksbeauftragten in Braunschweig wird unter dem 17. Oktober berichtet:

Der Volksbeauftragte für Arbeit, Steinbrecher, hatte die Arbeiterausschüsse und Verwaltungen der Helmstedt-Schöninger Bergwerke zu einer Sitzung gebeten, mit dem Zwecke, eine Aussprache über die Einlegung von Sonntagschichten herzuführen. Herr Volksbeauftragter Steinbrecher legte die schwierige Lage Braunschweigs in der Kohlenversorgung dar und bat, kein Mittel unberücksichtigt zu lassen. Abhilfe zu schaffen. Erstaunlicherweise stimmten sämtliche anwesenden Bergarbeiter diesem Gedanken zu und erklärten sich bereit, im Interesse der minderbemittelten Bevölkerung, Sonntagsarbeit zu vertreten. Die Arbeiterausschüsse wie Direktionen wiesen darauf hin, dass es mit Sonntagschichten allein nicht getan sei. Sie forderten den mitwirkenden Volksbeauftragten für Verkehr, Herrn Antied, auf, dafür zu sorgen, dass eine genügende Anzahl Waggons zur Versorgung von Kohlen bereit stünde. Herr Antied konnte erfreulicherweise berichten, dass die Eisenbahndirektion Magdeburg ihm habe mitteilen lassen, dass alles, was in ihren Kräften steht, getan würde, die erforderlichen Wagen zu stellen. Die Sonntagschichten sollen bereits am kommenden Sonntag beginnen, so dass von Osleben 400 To. und von Büddenstedt 100 To. Kohlen geliefert werden können. Die Bergarbeiter drücken den Wunsch aus, die Kohlen möchten in der Hauptstrecke für jene Kreise Verwendung finden, die nicht in der Lage sind, sich andere Heizungsmittel zu beschaffen. Die Verteilung geschieht durch eine von den Stadtverordneten in Braunschweig noch zu bildende Kommission. Die Belegschaften befinden sich vor, sich über den Verteilungsmodus durch je ein Mitglied des Arbeiterausschusses und der Direktion zu informieren.

Dieser Art der Solidarität der Bergarbeiter an ihren Plätzen gelassen ist ein erstaunliches Zeichen wiedererwachten Pflichtbewusstseins. Sie werden sich den Dank aller Arbeiter verdienten. Mögen die Arbeiter wieder Vertrauen aufeinander haben; kein Mensch hilft ihnen, wenn sie sich nicht selbst gezeigt haben.

Wenn dieses schöne Beispiel gegenseitiger Hilfe in schwerer Not reicht Raumausweitung findet, werden auch für die Arbeiter bald bessere Tage wiederkommen.

Das hier gegebene Beispiel gegenseitiger Hilfe haben die Bergarbeiter in anderen Bergrevieren schon früher gezeigt. So haben sich die Bergarbeiter im Waldenburg-Revier schon vor langer Zeit vereinigt, Liebster zu verschaffen, um die ältere Bevölkerung zu versorgen.

Fewlers, an vier Sonntagen zu fördern, damit die minderbemittelte Bevölkerung mit Kohlen versorgt werden kann. Die Produktion von drei Sonntagen soll der Bevölkerung des Altenburger Landes zu kommen, die Förderung des vierten Sonntags der Leipziger mindestens verdoppelte Bevölkerung. Die Arbeiter sollen durch die Kommunalverbände ohne Händlergewinn verkauft werden. Die Bergarbeiter verzichten auf den tarifmäßigen Kohlauflschlag von 100 Prozent für Sonntagsarbeit. In Wittenberg haben die Bergarbeiter jeden Monat eine Überschicht zu versorgen, damit die Glasindustrie in Rinteln weiterarbeiten kann und die Glasarbeiter nicht arbeitslos werden. Die hier in Gründung stehende Solidarität mit der übrigen Bevölkerung haben die Bergarbeiter in Notfällen noch immer gezeigt, ohne davon viel Aushebens zu machen.

Süddeutschland.

Eine Besichtigung der Kohlenbergwerke.

Das Kohlenreferat der Demobilisierungsstelle München hat eine Informationsreihe nach den norddeutschen und bayerischen Kohlengruben veranlaßt, zu der eine Reihe von Betriebsräten der verschiedenen Industriezweige und Vertreter von Gewerkschaftskartellen zu den Ausstellungen in den Gewerkschaftsverein Augsburg war mit vertreten. Wir hatten Gelegenheit, die Grube Benzberg zu besuchen. Bevor die Besichtigung war, die häufig zutage tretende Auffassung über mangelndes Wissen der Bergarbeiter mit Rückblick auf die Kohlenförderung auf das richtige Maß zurückzuführen und die Gewerkschaft über das Verhalten der Bergleute gegenüber der Allgemeinheit zu zerstreuen. Was wir dort gefunden haben, soll der breiteren Öffentlichkeit nicht vorenthalten werden.

Was die Kommission dort gesehen hat, wird dem unten zitierten unvergleichlich bleiben. Niemand macht sich einen nur annähernden Beifall davon, unter wie schwierigen Verhältnissen unsere Knappen dort arbeiten müssen. Insbesondere ist es März 19, aus dem die Kohlen unter den allerabschärfigsten Verhältnissen herausgeholt und zutage gefördert werden müssen. Bei einem Einfall von circa 25 Grad, der sich gegen die Sohle auf circa 12 Grad vermindert, hat das Holz eine Stärke von manchmal nur 30 bis 35 Centimeter. Man bedenke, wie schwer es fällt, in dieser Engen die Kohle herunterzuhaben, sie vor Ort wegzuschaffen, um sie dann von den Straßen aus vom Schlepper an die Bergwerkschäfte schaffen zu lassen. Hochstöckig eingeklemmt zwischen Felssäulen, in dumpfer Lust, sehr häufig noch in der Nähe liegend, muss der Bergmann sein Tagwerk verrichten. Ganz abgesehen der stets drohenden Gefahren, durch stürzendes Gestein noch begradet zu werden. Liegt es da nicht klar auf der Hand, dass eine so überaus schwere Arbeit die physische Kraft außerordentlich in Anspruch nimmt und dass für solche schwer arbeitende Menschen eine möglichst kräftige und ausgiebige Nahrung erforderlich ist? Und wie sehr mangelt es dem Bergmann daran! Wir trafen Benzberg gerade in einer Zeit, in der schon drei Tage kein Brot mehr vorhanden war, weil die Mehlzufuhr so sehr im Argen lag. Und wie uns alle versichert, ist das sehr häufig der Fall. Da gehört eine durchgreifende Reform, denn so kann es doch unmöglich weiter gehen. Ist es da ein Wunder, wenn die Bergleute das nicht fördern, wenn sie sonst fördern würden, wenn sie ausgiebig genug ernährt wären? Damit nicht fördern würden, wenn sie ausgiebig genug ernährt wären? Das ist die ungünstige Sicht, die Bergleute durch die unzureichende Beförderung auch der Bergarbeiter verhindert. Gute, für die Bergmann kleinere Verantwortung trägt. So z. B. die unzureichende Zufuhr von Preßluft zum Betrieb der Lufthäfen und der Bohrmaschinen. Glaubhaft wird versichert, dass der Bergmann oft eine ganze Stunde dazu benötigen muss, eine oder zwei Minen zu bohren, für die er bei normalen Verhältnissen vielleicht zwei Stunden nötig hätte. Bei den Lufthäfen auf den Gewerken gilt das gleiche. Stundenlang liegen die Lufthäfen wegen mangelnder Preßluft untätig und die Kohle kann nicht zutage geschafft werden. Um die Katastrophe noch zu erhöhen, soll es dann auch an den nützlichen Hunden (Wagen, mit denen die Kohle herangeschafft wird). Mit dem Augenblick, wo die vollen Hunde auf den Frieden und an den Gewerken liegen, weil sie wegen Preßluftmangel nicht abgeführt werden können, steht selbstverständlich wieder nichts mehr herauszuholen. Es kommt aber noch dazu, dass sich ein bedeutender Wagenmangel noch dazu gesellt. Wie uns die Bergleute versichern, sind während des Krieges Neubefestigungen sehr mangelhaft erfolgt, während eine recht beträchtliche Zahl unbrauchbar geworden sind. Wir könnten noch eine lange Reihe von Überwärtigkeiten anführen, unter denen die Bergleute zu leiden haben, wollen es aber bei dem Gesagten bewenden lassen. Wir wollen nur noch feststellen, dass es nicht an den Bergleuten liegt, dass wir so schwer an der Kohleknappheit zu leiden haben. Wir haben im Gegenteil gefunden, dass sie trotz der schweren Arbeit und der entgegenstehenden Schwierigkeiten gerne bereit sind, der Notlage durch Überstunden abzuhelfen. Wir haben eine Arbeiterschaft